

Heute wird das Asylrecht abgeschafft!

Mit der dritten Lesung des Artikels 16 a und der darauffolgenden Abstimmung im Bundestag am heutigen Tag wird das Asylrecht praktisch aufgehoben. Wer den Boden eines Nachbarlandes auch nur betreten hat, kann hier künftig kein Asyl mehr beantragen. Das trifft für 95% aller AntragstellerInnen zu. Sie haben keine Chance mehr.

Ein Kompromiß gegen das Asylrecht

Edmund Stoiber, CSU, bringt es auf den Punkt: "Damit (gemeint ist die Grundgesetzänderung) kann jeder, ob er nun asylberechtigt ist oder nicht, an der Grenze abgewiesen werden." Das sei "genau das, was wir immer gefordert haben." Hier werden "Argumente", die vor fünf Jahren nur von rechtsextremen Parteien vertreten wurden, nicht nur von der Regierung vertreten, sondern auch von Teilen der SPD benutzt. Wortschöpfungen wie "Scheinasylanten" oder "kulturelle Überfremdung" sind inzwischen im allgemeinen Sprachgebrauch. Mit der Verkündung eines angeblichen "Ausländerproblems" und dem Vorantreiben der "Asyldebatte" wurde der Nährboden für rassistische Angriffe geschaffen. Die gleichzeitige Distanzierung von dieser gewalttätigen Praxis beruht folgerichtig nicht auf tiefem menschlichen Entsetzen und der scharfen Verurteilung dieser Menschenverachtung, sondern ist getragen von der Angst, die BRD könnte an internationalem Ansehen verlieren.

Sicher ist allein die Abschiebung

Somit genügt als Grund für eine Abschiebung schon der Nachweis, daß die Durchreise durch ein sogenanntes "sicheres Drittland" erfolgte. Die individuellen Fluchtgründe bleiben dabei völlig unberücksichtigt. Sichere Drittstaaten sind Polen, die Tschechische Republik, Österreich sowie alle Staaten der EG. Es wird ein Gürtel von sicheren Drittstaaten um die BRD gelegt, so daß Flüchtlinge praktisch nur die Chance haben, mit dem Flugzeug einzureisen.

Der Wohlstand wird eingemauert

Auf diese Art versucht die BRD sich vom Rest der Welt abzuschotten. Es wird durch den Aufbau von Infrarotanlagen und durch verstärkten Einsatz des BGS versucht, eine neue Mauer im Osten zu errichten. Doch die BRD kann sich nicht abschotten, es werden auch nach dieser "Änderung" nicht weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen, sie werden nur vermehrt illegal einreisen und in die Kriminalität abgedrängt werden, da ein legaler Aufenthalt ihnen hier nicht mehr gestattet ist.

Sündenböcke als Mittel der sozialen Spaltung

Die "Änderung" bzw. die Diskussion um dieselbe dient in erster Linie dazu, die eigentlichen Probleme in diesem Land zu überdecken und Sündenböcke für eine Situation zu schaffen, für die in Wirklichkeit die Regierenden die Verantwortung tragen. Probleme, wie die sich immer mehr verschärfende Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot werden nicht gelöst.

Unter diesen Problemen leiden mehrheitlich die sozial Schwachen sowie die Flüchtlinge. Durch die Politik des staatlich forcierten Rassismus wird versucht, diese Kräfte zu spalten und gegeneinander auszuspielen. In dieser Linie ist auch die "Änderung" des Art. 16 des Grundgesetzes zu sehen.

OFFENE GRENZEN - BLEIBERECHT FÜR ALLE
KEINE MAUERN UM EUROPA

Geht an diesem Tag der Abschaffung des Asylrechts
nicht zur Schule, UNI, Arbeit, beteiligt Euch an der

Demonstration
am Tag X (26. oder 27. 5.)
um 12 Uhr Moorweide



„Gefängnis! Verfolgung! Ach hören Sie doch auf! Ich bin während der schlimmen Zeit '33 bis '45 in meiner Heimat geblieben, und mir ist auch nichts passiert!“